Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 145. | Dresden, Montag den 27. Juni 1910. | 21. Jahrg.

Parteiengärung.

Der Ausfall der Reichstagsersatzwahlen der letzten Zeiten, ganz besonders die sozialdemokratischen Siege in Ueckermünde-Usedom und in Friedberg-Büdingen, haben die konservative Reaktion in höchste Wut versetzt. Die konservativen Zeitungen toben in tollen Drohungen wider die „Umsturz"-Gefahr, toben aber am tollsten wider die „bürgerlichen Wähler", die „die nationale Sache schmählich verraten" und für die „umsturzlerische und unnationale" Sozialdemokratie eintreten.

Die konservative Wut hat ihren Grund aber nicht etwa hauptsächlich in dem Verlust einiger Mandate — in Usedom wie in Friedberg handelte es sich ja um Mandate, die zuvor nicht in konservativem, sondern in liberalem Besitz waren. Die konservative Wut hat ihren Grund vielmehr in dem richtigen Gefühl, daß eine außerordentliche Gärung durch das ganze deutsche Parteienwesen geht, eine Gärung, von der man noch nicht wissen kann, was alles schließlich aus ihr heraus sich gestalten mag.

In der Tat, welche Wandlungen haben sich doch in kurzer Zeit vollzogen!

Der Liberalismus lebte bei den Reichstagswahlen von 1907 der Einbildung, durch Bülows Künste zu der Macht gelangen zu können, die er aus eigenem Können niemals zu erringen wußte. Der Verlauf der Ereignisse hat den Liberalismus aus allen Himmeln seiner Hoffnungen gestürzt. Gestürzt und enttäuscht läuft er irrend und ängstlich hierhin und dorthin. Aus allen Gleisen ist er geworfen und weiß nicht wohin. Am hilflosesten sind die Nationalliberalen. Sie können es noch immer nicht recht begreifen, daß sie wirklich und wahrhaftig von den Rittern und den Heiligen vor die Regierungstür gesetzt worden sind. Sie hoffen noch immer, daß die Tür wieder geöffnet wird und daß sie, wäre es auch durch einen noch so schmalen Spalt, wieder hineinschlüpfen dürfen. Sie vergehen vor Bangen und Sehnen nach Anschluß an die herrschenden Mächte, und zugleich vor Aerger und Zorn, daß die Rechte sie nur dulden will, wenn sie sich zu ihren ganz gehorsamen Bediensteten herabwürdigen. Dazu stecken ihnen die jungliberalen Würmer im Leibe, während die großindustrielle Fuchtel ihnen auf dem Rücken tanzt. So machen sie denn wehklagend den armen Bethmann für all ihr Unheil verantwortlich, an dem doch schließlich nur ihre eigene Feigheit und ihre eigenen Illusionen schuld tragen.

Nicht minder jäh ist der Umschwung im Linksliberalismus und in seinen Beziehungen einerseits zur Sozialdemokratie, andrerseits zu den Reaktionsparteien. Noch schrillt uns in den Ohren der freisinnige Ausruf der Bülowblockzeit: „Lieber Kröcher als Barth." Aber jetzt schreien die um Kröcher: „Lieber Bebel als Wiemer!" Vor so kurzer Zeit noch erschien den Freisinnigen der Junker ein kleineres Uebel als selbst der bürgerliche Demokrat. Dann aber wurde der Freisinn mit rohem Stallwitz von dem feudalen Gutshof gehetzt. Und jetzt wird er von den Gutsherrn bei peinlicher Leibes- und Lebensstrafe bedroht und kommandiert, unverzüglich auf dem Herrensitze zu erscheinen und Hofedienste zu leisten.

Immerhin ist die jetzige Taktik des Freisinns eine Rückkehr zu längst verlorenen Idealen, zu der Erkenntnis, daß in Preußen-Deutschland vor allem die feudalen und absolutistischen Mächte niedergerungen werden müssen. Im Freisinn hatte sich seit dem Erstarken der Sozialdemokratie die Taktik Eugen Richters die Herrschaft erobert, die die Engherzigkeit des kleinkapitalistischen Fanatikers mit der Weisheit eines Wahlkalkulators verband. Die freisinnige Politik hatte sich darauf eingerichtet, von dem Umstande zu leben, daß diese Partei von allen übrigen als das kleinere Uebel anerkannt und gefördert wurde. Sie ließen sich von Konservativen, Nationalliberalen, Zentrum gegen die Sozialdemokratie, von Sozialdemokraten gegen Konservative, Nationalliberale, Zentrum helfen, und sie selbst unterstützten fast stets alle Parteien gegen die Sozialdemokratie, um für die Zukunft nicht die bürgerliche Hilfe zu verlieren. So vegetierten sie von der Gnade aller Parteien. Zum ersten Male scheint diese kleinliche und die Reaktion fördernde Wahlrechnungstaktik jetzt aufgegeben. Die Praxis der Wähler überwindet die Theorie der Führer. Noch bei der Wahl in Usedom zögerte die freisinnige Parteileitung, eine Parole auszugeben, und der freisinnige Kandidat empfahl sogar die Wahl des Junkers. Aber die Wähler ließen sich nicht mehr halten, sie verhalfen der Sozialdemokratie zum Siege. In Friedberg-Büdingen gab die freisinnige Parteileitung offiziell und klar die Parole zur Unterstützung der Sozialdemokratie aus.

Wir haben allerdings allen Anlaß, die neue freisinnige Taktik nicht zu überschätzen und uns ruhig abwartend zu ihr zu verhalten. Was die Führer dieser Partei angeht, so sieht es vorläufig so aus, als solle die Schwenkung auch nur eine flüchtige Episode, ein der Junkerpolitik nachgeahmtes Drohmanöver sein. Man scheint sagen zu wollen: Wir lassen die sozialdemokratischen Kandidaten siegen, bis die Ritter den Freisinn wieder mit einigen Brosamen beehren! Es flößt nicht sonderliches Vertrauen ein, daß gerade die beiden bösen Geister des Freisinns, der parlamentarische und der journalistische Organisator des Bülowblocks, die Herren v. Payer und August Stein von der Frankfurter Zeitung, jetzt die Ansicht bekunden, man müsse „zunächst einmal" mit der Linken gehen, um die konservativ-klerikale Herrschaft zu brechen. Diese beiden Taktiker sind höchst verdächtig, daß sie nur die Rückkehr des Freisinns in einen Regierungsblock durch radikale Drohungen erzwingen wollen.

Jedoch, die weitere Entwicklung dürfte nicht von den Führern der liberalen Parteien abhängen, sondern von den Wählern. Die Wähler der liberalen Parteien rekrutieren sich zum großen Teil aus Volksschichten, die auf keinen Fall ein feiges Paktieren mit der konservativ-klerikalen Herrschaft dulden können, sobald sie einigermaßen zu politischer Besinnung erwachen. Die Beamten und Privatangestellten, die Handwerker, Kleinkaufleute und Kleinbauern können einer liberalen Partei höchstens so lange anhängen, als diese Partei sich wenigstens einigermaßen für politischen und sozialen Fortschritt einsetzt. Tut sie dies nicht, verbindet sie sich gar mit der konservation Reaktion, so würden diese Wählerschichten sich von ihr selbst abkehren.

Die Lage der konservativen Partei aber ist in anderer Weise noch viel unbehaglicher als die der Liberalen. Auch in ihren eigenen Reihen gärt es und die jetzigen Niederlagen werden die Zweifel ihrer Anhängerschaft verstärken. Es ist aber ausgeschlossen, daß die Konservativen sich zu einer besseren Politik entschließen könnten. Bessere Politik, bessere Steuergesetzgebung, bessere Handelsgesetzgebung, bessere Sozialpolitik, bessere Wahlrechtspolitik — das wäre die Selbstaufgabe der konservativen Macht. Die Konservativen werden auf ihre Niederlagen vielmehr die Antwort erteilen, die sie immer bereit haben, wenn ihre Machtstellung gefährdet ist: Drohung mit der Gewalt. Sie organisieren die feudale Revolte. Schon suchen sie sich mit der sehr bedeutenden Verstärkung der Sozialdemokratie im Reichstage dadurch abzufinden, daß sie auf die Wahrscheinlichkeit eines „arbeitsunfähigen" Reichstags, eines großen inneren Konflikts hinweisen, dann, so spekulieren sie, kommt die Zeit, längst gehegte Gewaltpläne durchzusetzen. Zu dieser Politik der Gewalt bedürfen sie aber wiederum der tätigen oder duldenden Beihilfe der Mittelparteien, und darum richtet sich ihr wilder Zorn jetzt gegen die Liberalen, die den „Umsturz" begünstigen und die gewünschte „Isolierung der Sozialdemokratie" erschweren und unmöglich machen.

Die konservativen Zeitungen rechnen dem Freisinn vor, daß er sehr viele Mandate verlieren würde, wenn die Rechte künftig nicht für ihn, wo er einen sozialdemokratischen Gegner zu bekämpfen hat, eintritt. Diese Drohungen — ganz abgesehen davon, daß sie die staatserhaltende Uneigennützigkeit der Konservativen interessant beleuchten — dürfte aber kaum geeignet sein, die Wähler des Fortschritts zu erschrecken. Vielmehr werden die liberalen Parteigruppen auch von dem mächtigen Zug nach links, der durch die ganze Bevölkerung geht, Gewinn ziehen können, wenn sie nur an einer festen Linkspolitik festhalten. Sie werden den Konservativen viele Kreise abnehmen können. Das Beispiel von Oletzko-Lyck war doch auch deutlich genug. Die Sozialoemokratie aber hat stets den Freisinn, selbst in seinen bedenklichsten Vertretern, in Stichwahlen gegen Konservative herausgehauen. Läßt sich der Freisinn nun nicht wieder, wie in der Bülowzeit, durch irgendwelche kleine Regierungsversprechungen einfangen, so wäre es in der Tat möglich, die konservativ-klerikale Reaktion bei den nächsten Wahlen vollständig in Trümmern zu schlagen und eine Gesundung der deutschen Politik herbeizuführen.

Das bürgerliche Parteiwesen Deutschlands ist von heftigsten Gärungen durchschüttert. Die deutsche Politik geht großen Entscheidungen entgegen.

* * *

Preßstimmen über Friedberg-Büdingen.

Es genügt einige wenige Zeitungen zu zitieren, um die Verstimmungen zu kennzeichnen, die bei den bürgerlichen Parteien durch den Wahlausfall in Friedberg-Büdingen erregt sind.

Die Deutsche Tageszeitung sagt unter der Aufschrift: **„Die Verräterpolitik des Freisinns":**

„Der Ausfall der Friedberger Wahl dürfte weiterhin dazu beitragen, eine Aenderung der bisherigen ebenso hochherzigen wie in ihrer Wirkung verfehlten Taktik der rechtsstehenden Parteien gegenüber dem Freisinn vorzubereiten. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß man draußen im Lande es vielfach nicht mehr versteht, wie die nationalen Parteien noch länger eine Partei schonen oder gar unterstützen können, die durch offene Kampfgemeinschaft mit der Sozialdemokratie ohne jedes Gewissensbedenken die nationale und bürgerliche Sache verrät. . . . Diese Sachlage sollte allen Freisinnigen, die noch einige Besonnenheit besitzen, Anlaß zu ernstem Nachdenken darüber geben, ob der Freisinn seine bei den letzten Wahlen befolgte antinationale und zugleich selbstmörderische Taktik nicht doch noch einer Revision unterziehen will. Wir haben bereits gesagt, daß das Maß der freisinnigen Sünden uns nach Friedberg-Büdingen übervoll zu sein scheint. Gewarnt ist der Freisinn jetzt jedenfalls genug; wir werden abwarten, ob er sich nach diesen Warnungen richten wird!"

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung (Reichskanzlerblatt):

„Es scheint, daß die Zentralleitung der Fortschrittlichen Volkspartei, die sich in den beiden Fällen hinter ihre Statuten zurückzog, nachher reine Hände vorzeigen zu können glaubt. Das aber ist in der Parteipolitik noch immer eine kostspielige Selbsttäuschung gewesen, die ein peinliches Erwachen nach sich zog. Denn von den Wählern, die man so unbesonnen dem Radikalismus zuführt, findet ein beträchtlicher Teil nicht sogleich wieder den Weg zurück. Während auf diese Weise die freisinnigen Stimmen abbröckeln, büßt die Partei zugleich durch solche unleidliche Beweise ihrer höchst unabhängigen Gesinnung das Vertrauen der übrigen bürgerlichen Parteien ein. Basiert doch beinahe jedes fortschrittliche Reichstagsmandat auf einem Stichwahlergebnis."

Die Kreuzzeitung:

„Zwar hat die nationalliberale Parteileitung ihre Pflicht getan mit der Aufforderung an ihre Wähler, gegen die Sozialdemokratie an die Urne zu treten. Aber auf die Jungliberalen hat sie keinen Einfluß mehr, wenn es sich um eine Frontstellung gegen die Umsturzpartei handelt. Dazu kam die Nachbarschaft des vom Großblockgedanken beherrschten badischen Landes im Verein mit den Folgen der Verhetzung gegen die Rechte in einem Maße, wie sie bisher noch nicht dagewesen ist. Die Früchte erntet der Umsturz auch weiterhin, wie bisher schon."

Die Berliner Neuesten Nachrichten schreiben zu dem Uebergange nationalliberaler Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten:

„Das ist ein Ergebnis, das unter allen Umständen schwer zu bedauern ist und auch durch den scharfen Wahlkampf, wenn auch vielleicht erklärt, so doch nicht entschuldigt werden kann. Die mit erfreulicher Entschiedenheit vom nationalliberalen Vorstand ausgegebene Stichwahlparole berechtigte eigentlich zu anderen Erwartungen. Etwa Zweidrittel sind dem Rufe der Führer gefolgt, aber der Rest der nationalliberalen Wählerschaft hat sich abgetrennt und trotz aller Warnung und Mahnung zu dem allen bürgerlichen Parteien gemeinsamen Feind geschlagen. Es kann nicht ausbleiben, daß diese Erfahrung nicht ohne Folgen für die parteipolitische Konstellation bleibt."

Das Berliner Tageblatt sagt:

„In Friedberg-Büdingen hat sich wieder herausgestellt, daß auf den Druck von oben die Antwort von unten nicht ausbleibt. Die Agrarier haben einen neuen Verlust zu beklagen, auch wenn scheinbar dieser Verlust auf das Konto der nationalliberalen Partei gesetzt werden muß. In Wirklichkeit war doch schon Graf Oriola nichts als ein Vertreter des Bundes der Landwirte. Jetzt sind die Agrarier aus dem Wahlkreise hinausgewählt, und es dürfte ihnen kaum gelingen, hier wieder festen Fuß zu fassen. Daß auch in diesem Falle wieder die Sozialdemokratie den Vogel abschoß, mag bedauerlich erscheinen. Aber es handelt sich dabei um einen notwendigen Uebergang. Und die Freisinnigen des Wahlkreises hatten die Situation richtig erfaßt, als sie offen und unumwunden sich für die Wahl des Sozialdemokraten aussprachen. Die Nationalliberalen haben leider, wenn ihre Stellungnahme auch weiter keinen Schaden angerichtet hat, doch diese Entschiedenheit vermissen lassen. Und doch werden sie so lange nichts erreichen, solange sie nicht den schönen Worten die entsprechenden Taten folgen lassen und mit aller Entschiedenheit jede Unterstützung der Reaktion bei Stichwahlen ablehnen. Erst dann werden sie den politischen Umschwung herbeiführen helfen, der ja in nicht ferner Zeit notwendig kommen muß — und von dem auch der Liberalismus wieder eine Berücksichtigung seiner berechtigten Ansprüche erwarten darf."

Wahlreform und Wahlkorruption.

Wien, 26. Juni 1910.

-th- Zu dem neugewählten ungarischen Reichstag hat gestern der König in der Thronrede gesprochen. Was die neuerweckte Herrschaft der 67er Politiker, was die Regierung Khuen-Hedervary, was der Beispiellose Sieg der Tiszaschen Wahlmache bedeutet, ward hier in feierlichen Worten ausgedrückt: ein ungeheurer Wortschwall echt madjarischen Stils, der Inhalt aber — nichts, gar nichts als das Versprechen, die gemeinsame österreichisch-ungarische Bank zu erhalten und selbstverständlich die Wehrmacht zu „entwickeln". Auch der Wahlreform freilich wird eine Phrase gewidmet, sie wird sogar für die „dringendste und unaufschiebbarste Aufgabe" erklärt.

Wenn man aber dann weiter fragt, worin die Reform bestehen wird, bekommt man nichts zu hören, als daß sie, auf „Grund des allgemeinen Wahlrechts" aufgebaut, den einheitlichen nationalen Charakter des ungarischen Staates wahren und der demokratischen Entwicklung entsprechen soll. Das wäre an sich wenig, aber es wird dadurch noch weniger, daß in der Thronrede der Koalitionsregierung des Wahlrechts in weit ausführlicherer, weit wärmerer Weise gedacht wurde. Demnach war das Ergebnis der Entwurf eines Pluralwahlrechts und auch das kam nicht zustande. Welche Früchte werden diesmal reifen? Graf Khuen hat sich bereits kürzlich zu Vertrauten geäußert, die Wahlrechtsfrage erfordere reifliche Ueberlegung. Er habe sich jetzt während der Wahlagitation bei näherer Berührung mit dem Volke überzeugen können, daß der Wunsch nach radikalen Aenderungen in weiten Kreisen gar nicht bestehe.

Aus diesen Worten redet Tiszas Geist, Tiszas, des erbitterten Feindes jeder demokratischen Wahlreform. Vor den Wahlen hielten sich im Ministerium die Anhänger und Gegner der Reform die Wage, heute ist Tisza, der Führer außerhalb des Kabinetts, der Herr der Lage. Er hat die Kandidaten beigestellt, die Maschinerie geleitet, überall seine Getreuen durchgesetzt; er war der Feldherr und Sieger. Und mit ihm der Adel, Feudalherren und Gentry. Das Wunder des unvergleichlichen Wahlsiegs ist im Grunde nichts als die erstaunliche Anpassung der madjarischen Junker. Als unter Hedervarn das allgemeine und gleiche Stimmrecht wirklich drohte, kleideten sie sich geschwind in das schillernde Kuruzengewand der unbeugsamen 48er Politik. Die Macht der autonomen Komitatsverwaltungen entschied gegen die Wahlreformregierung. Tisza und den Seinen dagegen haben die Komitate treue Gefolgschaft geleistet, jetzt schon wieder in dem „liberalen" Kleid lammfrommer 67er Politik. Indes die Komitatsbehörden mögen unentbehrlich sein, doch sie allein tun es nicht. Jede ungarische Wahl ist zugleich Wahlkorruption im größten Stil.

Die Juxpartei beklagt sich über unerhörte Mißbräuche der Regierungspartei. Einzelne Beispiele sind von drastischer Komik. In Szatmar erschienen vierzig Händler und Gewerbsleute in der Kanzlei der Juxbianer und erlegten je 200 Kronen, mit denen die Regierungspartei ihre Stimmen erkaufen wollte. Im Elesder Wahl-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100627/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG